Doch noch bis Ende vergangener Woche war nicht klar, wie das Nitrofen in die Futtermittel gelangte. Es gibt drei Theorien.

Erstens: Sabotage. Öko-Bauern halten einen Anschlag für wahrscheinlich, der die Wachstumsbranche schädigen sollte; dagegen spricht, dass dann mehr als 30 Lastwagenladungen manipuliert worden sein müssten.

Zweitens: illegaler Pestizideinsatz. Doch dafür sind die Nitrofen-Werte viel zu hoch. Außerdem fand sich zumindest bei der Überprüfung restlicher Körner vom Hof in Stegelitz, der neben drei weiteren Betrieben in Verdacht geraten ist, kein Gift.

Drittens: Schlamperei. Irgendwo auf dem Weg vom Feld in die Futtermühle muss das Getreide direkt mit Nitrofen in Berührung gekommen sein.

Dass ein offener Nitrofen-Sack oder alte Rückstände in Lagern das Getreide verseucht haben könnten, hielten die Fachleute im niedersächsischen Ministerium zunächst für wahrscheinlich. Als aber am Donnerstagabend die Ergebnisse für die neuesten Proben vorlagen, wankte auch diese Theorie: Der kontrollierte Weizen war bei der Anlieferung noch sauber; als er aus der Mühle kam, enthielt er Nitrofen.

JÖRG SARBACH / AP

Laboruntersuchung auf Nitrofen
Kartell des Vertuschens

Ein Indiz für ein Giftnest in der Anlage. Das wäre – geschlagene sechs Monate nach dem ersten Fund – noch ein weiterer handfester Skandal.

Die heißeste Spur aber ergab sich am vergangenen Freitag: Die R + V Versicherung in Wiesbaden, eingeschaltet von GS-agri-Chef Römann, hatte im April vom Chemischen Labor Dr. Wirts und Partner in Hannover eine Probe untersuchen lassen. Ergebnis: eine Rekordbelastung von 15,9 Milligramm pro Kilo Öko-Weizen. Noch brisanter: Die Probe enthielt drei weitere Pflanzenschutzmittel – allesamt verboten – und stammte nicht aus Öko-Anbau. Das Resultat, resümierten die Experten, „spricht für eine Vermischung des Öko-Futtergetreides mit belastetem Getreide aus konventionellem Anbau“. Die Kontrolleure tippen auf Saatgut. Hat also jemand Restbestände an verbotenen Herbiziden über einer Charge Saatgut entsorgt, die auf irgendeinem Weg in der Öko-Mühle landete?

Die Verbraucher wissen derweil kaum noch, worüber sie sich mehr aufregen sollen: über die Futterpanscher, die Vertuscher oder die saumseligen Kontrolleure. Das Vertrauen eines Großteils der Bundesbürger in die grüne Ware ist angeknackst (siehe Umfrage Seite 80).

Während aber die Kunden um die Gesundheit fürchten, zittern die mehr als hundert gesperrten Biohöfe, auf denen GS-agri-Futter gelandet ist, um ihre Existenz. Allein die 1500 vergifteten Puten, die vorige Woche noch fröhlich vor der Haustür des Grüne-Wiesen-Mästers Martin Mucker aus dem niedersächsischen Ellenstedt scharrten, hatten vor dem Nitrofen-Fund einen Wert von 30 000 Euro. Jetzt sind sie ein Fall für die Futtermühle; allein in Mecklenburg-Vorpommern könnten nach Schätzungen von Agrarminister Till Backhaus (SPD) mehr als 60 000 Hühner für die Volksgesundheit geköpft werden.

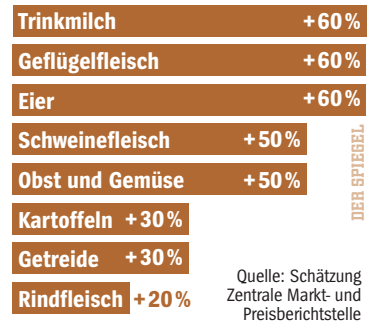
Trotzdem traute sich Paul Römann, Geschäftsführer der GS agri, am Donnerstag vergangener Woche noch einmal, öffentlich Gift zu verteilen, nur dass das Gift diesmal nicht Nitrofen, sondern Chuzpe hieß. Offenbar, so argumentierte Römann, gegen dessen Firma nun die Staatsanwaltschaft Oldenburg ermittelt, seien doch weder Behörden noch Kontrollstellen von schwer wiegenden Gesundheitsgefahren ausgegangen. Wohl deshalb, exkulpierte sich der Futterbaron indirekt selbst, hätten sie weder Öffentlichkeit noch übergeordnete Stellen informiert. Die Behörden reagierten nun umgehend: Am Freitag schlossen sie die Öko-Mühle der GS agri.

Auch in Berlin war man für Spitzfindigkeiten nicht zu haben: Union und FDP forderten platt Künasts Rücktritt; dabei agierte die Opposition mindestens so dreist wie der Geschäftsführer der mutmaßlichen Giftschleuder in Schneiderkrug. Denn noch am Freitag ließen die unionsgeführten Länder Künast im Bundesrat bei zwei von drei Gesetzen auflaufen, mit denen diese die Verbraucher besser schützen wollte. So

- bekam die Ministerin lediglich eine Mehrheit für das Öko-Landbaugesetz, das die Kontrollstellen verpflichtet, Unstimmigkeiten auf Biohöfen zu melden;
- fiel andererseits das Verbraucherinformationsgesetz durch, mit dem die Hersteller verseuchter Lebensmittel öffentlich genannt und alle Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen gemacht werden sollten;
- sperrte sich die Union außerdem gegen das Gesetz zur Neuorganisation des Verbraucherschutzes, mit dem eine zentrale Sammelstelle für Hinweise auf Lebensmittelschmu gegründet werden sollte.

Die Krisen-Gewinnler

Umsatzzuwachs für Öko-Produkte 2001 gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Schätzung Zentrale Markt- und Preisberichtstelle

GRÜNDE:

- **BSE-Krise**
- **Maul- und Klauenseuche**
- **Schweinepest**

Spätestens als die Unionsmehrheit beim Verbraucherinformationsgesetz auch noch den Ruf nach dem Vermittlungsausschuss ablehnte, war klar, was CDU und CSU nur müde bestreiten: Längst bestimmt der Wahlkampf das Bewusstsein.

Entsprechend gelassen reagierte auch der Kanzler auf die Hiobs-Botschaften der vergangenen Woche. Als Gerhard Schröder am Mittwoch die Kabinettsitzung vorzeitig verlassen musste, mahnte er – schon im Aufbruch – seine Regierungsmannschaft, der bedrängten Kollegin in nächster Zeit zur Seite zu stehen. Schröder: „Wir brauchen jetzt mehr Agrarwende, nicht weniger.“

Philip Bethge, Annette Bruhns, Annett Conrad, Jürgen Dahlkamp, Michael Fröhlingsdorf, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Gerd Rosenkranz, Holger Stark

---

Gegendarstellung

In DER SPIEGEL Nr. 7 vom 09.02.2002 wird in dem Artikel unter der Überschrift „Wie in Sizilien“ auf Seite 57 über den Marseille-Konzern in Bezug auf das Jahr 1998 berichtet: „Die Eigenkapitalquote lag gerade mal bei 13 Prozent.“

Hierzu stelle ich fest:

Die Eigenkapitalquote des Konzerns betrug zum 30.06.1998 21,9% und zum 30.06.1999 20,5%.

Hamburg, den 16.04.2002
Marseille-Kliniken AG
Wilhelm Hecker
Vorstandsvorsitzender

Die unterschiedlichen Prozentsätze der Eigenkapitalquote beruhen auf verschiedenen gebräuchlichen Berechnungsmethoden. Während der SPIEGEL Sonderposten mit Rücklagenanteil bei der Ermittlung der Eigenkapitalquote nicht mit einbezieht, werden diese bei der Berechnung der Marseille-Kliniken AG berücksichtigt. –Red.